

Tripartite

Vier von fünf für historisches Solidaritätspaket

„Es gibt keine Vereinbarung, wir können das Paket so nicht mittragen!“ Mit diesen Worten erteilte die Präsidentin der Gewerkschaft OGBL, Nora Back, dem Tripartite-Vorschlagspaket der Regierung eine Abfuhr. Vier der fünf Tripartite-Partner fanden aber einen „historischen Accord“.

Rund 830 Millionen Euro schwer ist das von der Regierung geschnürte Tripartite-Vorschlagspaket, dem die Gewerkschaften LCGB und CGFP sowie der Unternehmerverband UEL zustimmen konnten. Es sieht unter anderem die vollständige Beibehaltung der für den 1. April 2022 anvisierten Indextranche vor, die Entlastung der Mieter durch Einfrieren der Mieten bis Ende 2022 und die Anpassung der Mietsubvention, um den Kreis der Begünstigten zu erweitern oder auch die staatliche Subventionierung der Erdölpreise in Höhe von 7,5 Cent pro Liter bis Ende Juli 2022 auf Diesel und Benzin beziehungsweise Ende Dezember 2022 auf Heizöl.

Doch das von der Regierung vorgelegte Paket stieß bei der Gewerkschaft OGBL nicht auf Zustimmung. Dabei wäre die Gewerkschaft bereit gewesen, den Punkt „Verschiebung der zweiten fälligen Tranche im August 2022“ mitzutragen. Aber bereits jetzt über eine Verschiebung weiterer Tranchen in den kommenden Jahren zu sprechen, fand nach einem Verhandlungsmarathon von über 40 Stunden keine Akzeptanz bei der Gewerkschaft. Rückendeckung bekommt die Gewerkschaft von der Partei *déi Lénk*, die hier von einer „Indexmanipulation“ spricht, was einem Kaufkraftverlust gleichkomme, der nicht mehr aufgefangen werden könnte.

Mit Genugtuung stellte hingegen die „Confédération générale de la fonction

publique“ (CGFP) fest, dass sich die Regierung ohne Vorbehalte dazu verpflichtet habe, eine weitere Tripartite-Sitzung einzuberufen, sollte im Laufe dieses oder des kommenden Jahres eine zusätzliche Indextranche fällig werden. Aufgrund der drastisch steigenden Energiepreise hätte aber eine ersatzlose Streichung der April-Indextranche ein absolutes No-Go dargestellt. „Die CGFP wertet diese Maßnahme als einen Solidaritätsakt“, sagt der CGFP-Präsident Romain Wolff.

Sicherheit für Unternehmen

Für die Gewerkschaft LCGB stellen die vorgestellten Regierungsvorschläge ein Maßnahmenpaket dar, das „der aktuellen Krisensituation und der Unvorhersehbarkeit der sozioökonomischen Entwicklung in den kommenden Monaten angemessen ist“. Der Ernst der aktuellen Situation erlaube aber keine Infragestellung des Modells der nationalen Tripartite, die die Aufrechterhaltung der automatischen Indexierung der Löhne und Gehälter und somit den sozialen Frieden in Luxemburg garantiert. „So haben wir es geschafft, das Tripartite-Modell weiterzuschreiben“, resümiert LCGB-Präsident Patrick Dury, „und wir haben das Modell Index gesichert“.

Michel Reckinger, Präsident des Unternehmerverbandes UEL, spricht von

einem „außergewöhnlichen Maßnahmenpaket in einer außergewöhnlichen Situation, damit das Land als interessanter Standort bestehen bleibt“. Es helfe den internationalen Betrieben in der aktuell schweren ökonomischen Situation, „eine gewisse Sicherheit zu bekommen. Wir hoffen, dass es reicht“. Das Paket sei von einem Partner aus „purer Ideologie“ abgelehnt worden, so noch der UEL-Präsident.

„Es ist als durchaus positiv zu werten, dass sich in dieser akuten Krisensituation das Luxemburger Modell bewährt hat“, blickt Carlo Thelen, Generaldirektor der Handelskammer, auf das Ergebnis. „Die drei Parteien konnten sich, auch ohne

Fünf verhandelten, vier unterschrieben und wenigstens drei lächelten für die Fotografen.

Foto: SIP





OGBL, auf einen Kompromiss einigen, welcher den Kaufkraftherhalt mit einer maßgeschneiderten Unterstützung für die krisengebeutelten Unternehmen und die ins Stocken geratene Wirtschaft verbindet.“ Als sehr positiv wertet Thelen, „dass neben akuten, kurzfristigen Maßnahmen auch mittelfristig die energetische Transition und die nachhaltige Dekarbonisierung der Unternehmen weiter unterstützt wird“.

„Absolute Notwendigkeit“

„Das Handwerk ist nach zwei Jahren Pandemie finanziell angeschlagen. Die

galoppierende Inflation ist sozusagen eine Krise in der Krise“, führt der Direktor der Handwerkskammer, Tom Wirion, aus. Unter diesem Gesichtspunkt sei das vorgesehene Modulieren des Indexmechanismus eine absolute Notwendigkeit für die Betriebe. Es gebe den Unternehmerinnen und Unternehmern eine gewisse Planungssicherheit in Sachen Löhne und Gehälter in einem komplizierten geopolitischen und wirtschaftlichen Umfeld. „Das Tripartite-Abkommen trägt richtigerweise auch dem Kaufkraftverlust der Arbeitnehmer und Bürger Rechnung.“ Schlussendlich sei das Abkommen ein Kompromiss zwischen Regierung und Sozialpartner, dem die Chambre des Métiers

zustimmen kann, so Wirion. Angesichts der außergewöhnlichen Situation, in der man sich befinde, ist es für den Direktor der Handwerkskammer unverständlich, dass „eine der drei Gewerkschaften nicht in der Lage ist, außergewöhnliche Lösungen mitzutragen“.

So war Premier Xavier Bettel froh, dass er auch im Parlament 52 der 60 Stimmen für das „historische Solidaritätspaket“ gewinnen konnte. „Die Tripartite ist nicht tot, der Sozialdialog funktioniert. Und wenn er funktioniert, ist es das Verdienst von den Leuten, die hier stehen“, so Bettel im Anschluss an die Unterzeichnung der Vereinbarung, die am 31. Dezember 2023 außer Kraft tritt

iz